

Antrag

Fraktion der CDU
Fraktion der FDP

Hannover, den 13.05.2008

Eiweißversorgung für die niedersächsische Landwirtschaft sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Ein Standbein des Agrarlands Nr. 1 Niedersachsen ist die Veredlungswirtschaft mit der Produktion von Rind-, Schweine- und Geflügelfleisch. Um ihre Tiere leistungs- und tiergerecht ernähren zu können, sind Rinder, Schweine und Geflügel haltende Betriebe auf qualitativ hochwertige Futtermittel angewiesen. Gleichzeitig müssen sie den in Deutschland hohen Produktionsstandards nachkommen können.

Im Bereich der Futtermittelversorgung ist die heimische Veredlungswirtschaft auf den Import von Eiweißfuttermitteln angewiesen. Pro Jahr verfüttern deutsche Betriebe rund 5 Mio. t Sojaschrot. Dieses Sojaschrot wird zu fast 100 % importiert oder aus importierten Sojabohnen hergestellt. Diese Mengen stammen fast ausschließlich aus Nord- oder Südamerika.

Der Anbau von Soja wird in den entsprechenden Exportländern verstärkt auf gentechnisch veränderte (GV)-Sorten ausgedehnt. Darüber hinaus drängen neue GV-Sorten auf den Markt, für die in der EU noch keine Zulassungen und damit keine Importgenehmigungen vorliegen.

Aus diesem Grund kann es zu einer Unterbrechung insbesondere der Sojabohnen- und Sojaschrotimporte kommen, womit die Nachfrage der deutschen Veredlungswirtschaft nach proteinhaltigen Futtermitteln bereits ab dem Jahr 2009 nicht mehr gedeckt werden kann. Eine bedarfsgerechte Fütterung der Tiere wäre nicht mehr gewährleistet. Diese Entwicklung würde zu massiven Wettbewerbsnachteilen für die deutschen Fleischerzeuger führen. Neben einem Rückgang bei Produktion, Ausfuhr und Verbrauch von deutschem Fleisch käme es auch zu einem hohen Anstieg der Einfuhrmengen bei Fleisch.

Der Landtag bittet deshalb die Landesregierung, die Bundesregierung aufzufordern, sich bei der Europäischen Union dafür einzusetzen,

- dass die Zulassungsverfahren für Agrarrohstoffe, insbesondere für Eiweißfuttermittel, mit gentechnisch veränderten Organismen beschleunigt werden,
- dass die Untersuchungsmethoden und Sicherheitsbewertungen international auf einem hohen Sicherheitsstandard harmonisiert werden,
- dass Anstrengungen unternommen werden, die Abhängigkeit Europas von proteinhaltigen Futtermitteln aus Übersee zu verringern,
- dass Schwellenwerte für GVO-Bestandteile in nicht GVO-Futtermitteln festgelegt werden, die den Kennzeichnungsgrenzwerten für Lebensmittel in der EU entsprechen und damit den globalen Gegebenheiten gerecht werden und
- dass ein Toleranzschwellenwert für geringe Anteile von GVO-Agrarrohstoffen eingerichtet wird, die in der EU noch nicht zugelassen sind, für die jedoch eine positive Sicherheitsbewertung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) vorliegt.

Begründung

Die Veredlungswirtschaft steht aufgrund jüngster Entwicklungen auf verschiedenen Ebenen unter erheblichem Druck. Eine besondere Rolle spielt hier auch die Versorgung mit Eiweißfuttermitteln.

Nach aktueller Rechtslage müssen Importlieferungen für in der EU nicht zugelassene Futtermittel von den Behörden zurückgewiesen oder vom Markt genommen werden.

Da beispielsweise in den USA schnellere Zulassungsverfahren für GV-Agrarrohstoffe gelten, kann eine zufällige Belastung von Importware mit GVO ohne EU-Zulassung zukünftig nicht mehr ausgeschlossen werden. Darüber hinaus sind heutzutage auch geringfügige Vermischungen nicht völlig auszuschließen, selbst wenn versucht würde, die neuen GVO-Sorten von den für den europäischen Markt bestimmten Futtermittelchargen zu separieren. Damit ist im internationalen Handel mit Agrarrohstoffen eine Null-Toleranz nicht mehr zu gewährleisten. Hier sollte dem Beispiel der Schweiz gefolgt werden, die bereits als Reaktion auf diese Entwicklungen eine Toleranzschwelle eingeführt hat.

In der EU wurden im Jahr 2007 57 Mio. t proteinhaltiger Futtermittel verbraucht. Von dieser Menge entfallen nur 22 % auf die heimische Produktion, 78 % werden importiert. Ein Ersatz der Sojabohne durch Raps oder Futtererbsen ist grundsätzlich nur begrenzt möglich, da die Sojabohne über einen sehr hohen Eiweißgehalt verfügt.

Über 50 % der Produktionskosten entfallen in der Hähnchen- und Schweinemast auf Futtermittel, weshalb diese Produktionszweige von einem Importengpass bei Eiweißfuttermitteln besonders betroffen wären. Nach Analysen der EU-Agrardirektion könnte die Produktion von Schweinefleisch bis zum Jahr 2010 um bis zu 35 % zurückgehen, die Produktion von Hähnchenfleisch um bis zu 44 %. Mit einer Verknappung der zur Verfügung stehenden Eiweißfuttermittel könnte der Preis für Soja-schrot bereits ab dem Jahr 2009 um 60 % steigen. Dies hätte nicht zuletzt auch Auswirkungen auf die Entwicklung der Lebensmittelpreise.

Für die Fraktion der CDU

David McAllister
Fraktionsvorsitzender

Für die Fraktion der FDP

Dr. Philipp Rösler
Fraktionsvorsitzender